Hansestadt LÜBECK

Datenschutz bei der Hansestadt Lübeck im Bereich Familienhilfen/Jugendamt

- Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) -

Informationsblatt gem. Art. 12 ff DSGVO

Wir kommen unseren Informationspflichten gem. Art. 12 ff DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten (Art. 12 Abs. 2 DS-GVO).

Angaben zum Verantwortlichen

Name	Hansestadt Lübeck, Der Bürgermeister
Anschrift	Breite Str. 62, 23539 Lübeck
Telefon	0451 - 115
E-Mail-Adresse	info@luebeck.de
Internet-Adresse	www.luebeck.de

Fachbereich	Kultur und Bildung
Fachbereichsleitung	Frau Senatorin Frank
Bereich	4.510 – Familienhilfen/Jugendamt
Bereichsleitung	Frau Frenz
Ansprechpartner:in	Abteilungsleitung Allgemeiner Sozialer Dienst
Anschrift	Kronsforder Allee 2 – 6, 23560 Lübeck
Telefon	0451 - 115
E-Mail-Adresse	familienhilfen-jugendamt@luebeck.de

Angaben zur Person der Datenschutzbeauftragten

Name	Martina Kieckbusch
E-Mail-Adresse	datenschutz@luebeck.de

Zwecke der Verarbeitung

- Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (§ 8a SGB VIII)
- Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16-21 SGB VIII)
- Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§ 27 bis 35, 36 SGB VIII)
- Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a bis 37 SGB VIII, SGB IX, bes. §9 ff, §14 ff)
- Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (§ 41 SGB VIII)
- die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)

- die Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren (§ 50 SGB VIII und BGB)
- Beratung zu Früherkennungsuntersuchungen (§ 7 GDG)

Rechtmäßigkeit der Verarbeitung
Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung beruht auf Art. 6 Abs.1 lit.c DSGVO, § 35 SGB I, §§ 67 ff. SGB X, §§ 61 – 68 SGB VIII.

Kategorie der personenbezogenen Daten
Name, Adresse, Geburtsdatum und- ort, Kontaktdaten, Familienstand, Sorgerecht, Gesundheitsdaten, Staatsangehörigkeit, aufenthaltsrechtlicher Status, personenbezogene Kennnummern, Einkommenssituation sowie fallbezogene Daten zur Situation von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien, die zur pädagogischen Einschätzung und Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen der Leistungen erforderlich sind.

Mögliche Datenquellen
Familienangehörige, Fallbeteiligte Jugendhilfeträger, Pflegepersonen, Schule, Kita, Polizei, Ärzte, Psychologen und medizinische Dienste, Einwohnermeldeamt, Gerichte, Rechtsvertreter, Vormünder und Pfleger, Pflegekinderdienst/Wirtschaftliche Jugendhilfe und andere Fachdienste des Jugendamtes, Meldungen Dritter

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten
Beauftragte Träger der Jugendhilfe, Schule, Ärzte, Psychologen und medizinische Dienste, Gerichte, Staatsanwaltschaft, Rechtsvertreter, Jobcenter, Jugendberufsagentur, Soziale Sicherung, Dolmetscher, Vormünder/ Pfleger, Pflegekinderdienst/Wirtschaftliche Jugendhilfe und andere Fachdienste des Jugendamtes

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt nur in Ausnahmefällen aufgrund besonderer gesetzlicher Vorschriften (z.B. Internationaler Sozialdienst, Botschaften).

Um eine faire und transparente Verarbeitung zu gewährleisten, erhalten Sie nachfolgend zusätzliche Informationen gem. Art. 13 Abs. 2 DSGVO:

Speicherdauer, Löschfristen
Die erhobenen Daten werden 10 Jahre nach Beendigung der Hilfe vernichtet, wenn eine Jugendhilfe geleistet wurde.
Bei vorangegangener Hilfe nach § 33 SGB VIII (Vollzeitpflege) erfolgt die Vernichtung der Daten frühestens 10 Jahre nach Eintritt der Volljährigkeit, auch wenn anschließend andere Hilfen geleistet wurden.
Daten aus Kurzberatung und Beratung nach §7 GDG werden drei Jahre nach Abschluss vernichtet.
Spätestens nach Ablauf dieser Fristen/Kriterien werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht, außer die Verarbeitung unterliegt zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Art. 89 DSGVO und § 6 LDSG).

Betroffenenrechte
Wir machen Sie auf Ihre Betroffenenrechte nach der DSGVO aufmerksam:
- Auskunftsrecht der betroffenen Person (Art. 15 DSGVO)

- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung/Recht auf Vergessenwerden (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde
Sie haben gem. Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.
Kontakt in Schleswig-Holstein: Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), Holstenstr. 98, 24103 Kiel, mail@datenschutzzentrum.de